

Postulat von Aurelia Favre (SP, Winterthur)
und Willy Germann (CVP, Winterthur)
betreffend Koordination von Beschäftigungsprogrammen
für Arbeitslose durch das KIGA

Der Regierungsrat wird eingeladen, zu überprüfen, ob die Koordination von Beschäftigungsprogrammen für Arbeitslose durch das KIGA wahrgenommen werden soll. Die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen könnten durch das KIGA an anerkannte Trägerschaften, welche Beschäftigungsprogramme durchführen, vermittelt werden. Weiter könnte das KIGA bei der Bereitstellung von Beschäftigungsprogrammen massgeblich mitwirken.

Aurelia Favre
Willy Germann

Begründung:

Angesichts der hohen Arbeitslosenquote und einer zunehmenden Sockelarbeitslosigkeit drängt sich eine rasche Schaffung von Beschäftigungsprogrammen auf. Nicht alle Arbeitsämter sind jedoch in der Lage Beschäftigungsprogramme anzubieten. Dadurch sind Arbeitslose in kleineren Gemeinden und einzelnen Regionen stark benachteiligt. Den kleineren Gemeindearbeitsämtern zusätzlich noch die Schaffung von Beschäftigungsprogrammen zu beantragen, wäre allerdings nicht sehr sinnvoll. Im Gegenteil, es muss dringend versucht werden, die Arbeitsämter zu entlasten. Das KIGA könnte hier Hand bieten, indem es die Beschäftigungsprogramme erstens koordiniert und zweitens die Arbeitslosen an anerkannte Trägerschaften, welche Beschäftigungsprogramme durchführen, vermittelt. Wenn nötig, könnte das KIGA auch bei der Bereitstellung von Beschäftigungsprogrammen sowohl bei den Gemeinden wie auch bei den anerkannten Trägerschaften mithelfen.

Dadurch hätten alle Arbeitslosen im ganzen Kantonsgebiet die gleich guten Chancen, in ein Beschäftigungsprogramm aufgenommen zu werden.